

W - 01 Frauenpolitische Konsequenzen aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie

Gremium: Präsidium Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 05.05.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Wirtschaftliche Unabhängigkeit - kein Rollback bei der Erwerbstätigkeit von Frauen!

Antragstext

1 Seit über zwei Jahren befinden wir uns im Krisenmodus. Es hat sich gezeigt, dass Frauen sehr
2 spezifisch von dieser Krise betroffen sind.
3 Ganz besonders Müttern, Alleinstehenden, Geflüchteten, Sexarbeiter*innen, Schwangeren, von
4 Gewalt betroffenen Frauen, Frauen die in systemrelevanten Berufen arbeiten oder Familie und
5 Beruf vereinbaren müssen, verlangt die Pandemie-Bewältigung eine immense Kraftanstrengung
6 ab.

7 Krisen erfordern besondere Maßnahmen. Dabei müssen deren Auswirkungen auf Frauen, die
8 immerhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, stärker in den Blick genommen
9 werden. Um für zukünftige Krisen besser gerüstet zu sein, müssen wir bereit sein, aus
10 Fehlern zu lernen. Wir sehen in folgenden Bereichen besonderen Handlungsbedarf:

Teilhabe an Entscheidungen

11 In der Krise wurden die Folgen der fehlenden Teilhabe der Frauen am Verhandlungstisch
12 deutlich. Die fehlende Repräsentation von Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft hat
13 dazu geführt, dass Frauen ihre eigene Perspektive nicht in ausreichendem Maße einbringen
14 konnten und ihre Anliegen somit unter den Tisch fielen. Im Expertengremium der Leopoldina
15 fehlte es eindeutig an Diversität: So waren von den 26 beteiligten Expert*innen 24 Personen
16 männlich, und ein Migrationshintergrund so gut wie gar nicht vorhanden.

17
18 Der neue Corona-Expertenrat von Bundeskanzler Olaf Scholz weist zwar eine bessere Bilanz
19 auf: Rund ein Drittel der Expert*innen sind Frauen. Am Ziel einer gleichberechtigten
20 Teilhabe von Frauen bei der Erarbeitung wichtiger Entscheidungen sind wir aber noch lange
21 nicht. **Wir setzen uns für Geschlechterparität in allen Bereichen ein, damit die
22 frauenspezifische Perspektive stets berücksichtigt wird.**

Wirtschaftliche Teilhabe

23 Ungerechte Strukturen auf dem Arbeitsmarkt haben sich in der Pandemie verstärkt. Viele
24 Frauen zum Beispiel aus dem Einzelhandel, der Gastronomie oder der Dienstleistungsbranche
25 haben mit Gehaltseinbußen leben müssen oder gar ihre Jobs verloren. Unter anderem die
26 Auswirkungen des Ehegattensplittings und der Steuerklasse 5 haben dazu geführt, dass Frauen
27 weniger von Maßnahmen wie Kurzarbeiter*innengeld oder Entgeltersatzleistungen profitieren
28 konnten. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, das Steuersystem zu reformieren. Das ist
29 ein erster Schritt, aber wir wissen, dass das Ehegattensplitting im nächsten Schritt
30 abgeschafft werden muss, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden. Außerdem sollen
31 Lohnersatzleistungen (wie ALG II, Elterngeld, Kurzarbeiter*innengeld) zukünftig ohne
32 Benachteiligungen berechnet werden.
33

34 **Da sich die vielfältigen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt in Krisensituationen**
35 **potenzieren, müssen wir diese dringend verringern. Nur so kann eigenständige**
36 **Existenzsicherung auch in Krisen gelingen.**

37 **Geschlechtergerechte Konjunkturprogramme**

38 Konjunkturprogramme kommen Frauen und Männern nicht im gleichen Maße zugute, das zeigte
39 schon die Wirtschaftskrise 2008. Und das, obwohl längst offensichtlich ist: Gerade Frauen
40 haben uns durch die Pandemie gebracht, da sie oft in systemrelevanten Berufen tätig sind und
41 den Löwenanteil der Care-Arbeit übernommen haben. Zur Unterstützung eben dieser Frauen
42 braucht es Geld, das auch direkt bei ihnen ankommen muss.

43 Darum muss Geschlechtergerechtigkeit in den anstehenden Konjunkturprogrammen berücksichtigt
44 werden. Nur so kann mit den investierten Geldern mehr Gerechtigkeit geschaffen werden. **Wir**
45 **brauchen einen „Geschlechtergerechtigkeits-Check“ für die Corona-Hilfsmaßnahmen und die noch**
46 **kommenden Entlastungspakete.**

47 Auch bei den Konjunkturprogrammen müssen Berufe im Care- und Sorgebereich in den Blick
48 genommen werden, denn sie halten unsere Gesellschaft zusammen und am Leben.

49 **Sorgearbeit**

50 Sorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Angehörige ist auch während der Pandemie zu
51 einem großen Teil von Frauen geleistet worden. Deswegen ist es aus
52 gleichstellungspolitischer Sicht wichtig, dass Schulschließungen und die Schließung von
53 Kindertagesstätten auch in weiteren Pandemie-Wellen nur als äußerstes Mittel gewählt werden.
54 Offene Schulen sind nicht nur für Kinder und Jugendliche existenziell, sondern auch für die
55 Elternteile, meist Mütter, und ganz besonders für alleinerziehende Mütter. Bei der Prüfung
56 eines Notfallbetreuungsplatzes muss das Kindeswohl und das Wohl der Familien im Fokus stehen.
57 Es müssen auch dann Kinder in die Notbetreuung gehen können, wenn deren Eltern aus
58 individuellen Gründen Unterstützung bei der Betreuung brauchen, z.B. wegen eines besonderen
59 Förderbedarfs oder wegen eines erhöhten Gewaltpotentials in der Familie. Wichtig ist, dass
60 die Entscheidung, ob Unterstützung benötigt wird, bei den Familien liegt.

61 Viele Familien und insbesondere viele Mütter waren und sind im Verlauf der Pandemie häufig
62 am Rande ihrer Kräfte. Kinderbetreuung ist aber eine staatliche Pflichtaufgabe, die wir
63 gerade auch in Krisensituationen nicht auf individuelle Schultern abladen dürfen. Besonders
64 betrifft das **Alleinerziehende**. Sie müssen ihre Familie alleine ernähren und können von
65 keinem Ehegattensplitting profitieren. **Eine Steuergutschrift und die Kindergrundsicherung**
66 **müssen jetzt schnell auf den Weg gebracht werden, denn von diesen Maßnahmen profitieren**
67 **Alleinerziehende.**

68 Das private Gerüst der Sorgearbeitenden ist schnell eingebrochen und zeigt, dass sie bereits
69 vor der Pandemie an der Grenze des Machbaren waren. Deshalb ist es gut, dass sich die
70 Bundesregierung vorgenommen hat, den Ganzttag auszubauen und Familien dabei zu unterstützen,
71 wenn sie Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, z.B. durch die
72 Vereinfachung des Elterngeldes, die zweiwöchige vergütete Freistellung für Parter*innen nach
73 der Geburt eines Kindes und die Erhöhung der Kinderkrankentage.

74 Wir streben eine Reduktion der Normalarbeitszeit an, denn das derzeitige Vollzeitmodell
75 widerspricht einer familienfreundlichen Arbeits- und Lebenskultur.

76 **Gewaltschutz**

77 Häusliche Gewalt ist während der Coronakrise gestiegen. Gründe dafür liegen auch in
78 räumlicher Begrenztheit durch Quarantäne und erhöhten wirtschaftlichen Druck. Nach den
79 Lockdowns nahmen die Anzeigen partnerschaftlicher Gewalt rapide zu. Deshalb muss
80 Gewaltschutz in den Pandemieplänen zwingend berücksichtigt und Beratungsstellen so

81 ausgestattet werden, dass sie auch in Krisenzeiten Hilfe leisten können. Das betrifft vor
82 allem digitalisierte Angebote.

83 **Wir verfolgen mit Nachdruck, dass die Finanzierung von Frauenhäusern wie im**
84 **Koalitionsvertrag vereinbart auch als Bundesaufgabe gesehen und damit abgesichert wird.**

85 **Digitalisierung**

86 Die Digitalisierung der Verwaltung und der Gesellschaft hat durch die Corona-Pandemie einen
87 enormen Schub erhalten, was durchaus begrüßenswert ist. Deshalb ist es umso dringender, den
88 digitalen Gender-Gap zu schließen. Damit alle Frauen von der Digitalisierung profitieren,
89 müssen sie unterstützt werden, um bspw. eine schnelle Rückkehr in die Berufstätigkeit zu
90 ermöglichen.

91 Gerade ältere Frauen, die in ihrem Berufsleben wenig mit digitaler Kommunikation zu tun
92 hatten, brauchen Unterstützung, sowohl bei der Anschaffung, als auch bei der Handhabung der
93 Geräte. Der hohe Anteil an von Altersarmut betroffenen Frauen erfordert hier erhöhte
94 Aufmerksamkeit. Durch die zeitweise verordnete Isolation und die verständliche Angst vor
95 einer Ansteckung sind Seniorinnen oftmals in eine Spirale von Rückzug und Einsamkeit
96 geraten.

97 **Die Pandemie hat uns die Schwachstellen unseres gesellschaftlichen Miteinanders aufgezeigt.**
98 **Geschlechtergerechtigkeit und eine gleichberechtigte Teilhabe Aller sind die Grundlage für**
99 **widerstandsfähige Gesellschaften. Dafür wollen wir gemeinsam mit der Bundesregierung**
100 **kämpfen.**